

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Pflegeeltern statt mehr Heimunterbringung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken, der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und dem Arbeitskreis zur Förderung von Pflegekindern e.V. die bisherigen Plakatkampagnen zur Gewinnung von Pflegeeltern zu einer breiten Werbeoffensive auszubauen. Damit soll erreicht werden, dass generell Kinder bis zu 4 Jahren nicht mehr in Heimen untergebracht werden müssen, sondern bei Pflegeeltern aufwachsen können.

Dieser breiten Werbeoffensive ist ein Konzept zu unterlegen, das auf der Analyse der Ergebnisse der bisherigen Kampagnen beruht, diese weiterentwickelt sowie Vorschläge unterbreitet, wie Eltern mit und ohne Migrationshintergrund besser angesprochen werden können, um sie für eine Pflegeeltern Tätigkeit zu begeistern.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31. Mai 2018 und dann jährlich zu berichten.

Begründung:

Es besteht im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eigentlich ein breiter Konsens darüber, dass die Heimunterbringung von Kindern reduziert werden soll, um sie stattdessen durch Pflegeeltern betreuen zu lassen. Insbesondere gilt dies für Kinder bis 4 Jahre, die generell nicht in Heimen untergebracht werden sollten. Ausschlaggebend dabei ist, dass diese Form der Unterbringung dem Kindeswohl dienlicher ist als andere.

Um dieses Ziel zu erreichen, fehlt jedoch vor allem eine ausreichende Anzahl an Pflegeeltern mit und ohne Migrationshintergrund. Zwar wurde in den vergangenen Jahren durch Plakatkampagnen versucht, diese Defizite zu beheben. Diese Kampagnen entfalteten jedoch bisher nicht die notwendigen Wirkungen, so dass der Senat daraus lernen muss. Er wird daher aufgefordert, die bisherigen Ergebnisse zu analysieren sowie daraus ein Konzept zu entwickeln, mit dem eine breite Werbeoffensive zur Gewinnung von Pflegeeltern erfolgreich umgesetzt werden kann.

Berlin, 05. Dezember 2017

Graf Demirbüken-Wegner Simon
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU